



„The Art of Democracy –
Wie Kultureinrichtungen
antidemokratischer
Einflussnahme
begegnen können“



berliner
museums
verband

„Der Druck der Neuen Rechten auf Kultureinrichtungen wächst – gefordert sind Politik und Verwaltung, doch auch die Häuser selbst können viel tun.“

– Carl Schüppel

Die Neue Rechte versteht Kunst und Kultur als Mittel, um gesellschaftliche Diskursmacht zu erlangen und so einen politischen Wandel in ihrem Sinne vorzubereiten. Museen können dazu genutzt werden, autorisiertes Wissen zu schaffen und zu verbreiten, kollektive Erinnerung umzuschreiben und ein bestimmtes kulturelles Erbe zu konstruieren. Sie sind deshalb antidemokratischen Einflussnahmeversuchen in besonderer Weise ausgesetzt. In seiner Lunch-Break gab Carl Schüppel Museen konkrete Strategien an die Hand, wie sie mit antidemokratischer Einflussnahme umgehen können – basierend auf Ergebnissen des Projektes „The Art of Democracy“.

Antidemokratische Einflussnahmeversuche

Das Arsenal der Neuen Rechten reicht von der Umdeutung und Instrumentalisierung zentraler Begriffe wie „Demokratie“ und „Neutralität“ über Vereinnahmungs- und Unterwanderungsversuche, bis hin zu Beschwerden, Shitstorms in den sozialen Medien, Störungen und physischer Gewalt. Parlamentarische Akteur*innen setzen auf kleine Anfragen und (die Androhung von) Fördermittelkürzungen. Folgende Umgangsstrategien haben sich bewährt:

Vernetzen und Fortbilden

- Lokale und überregionale Allianzen und Netzwerke aufbauen und Rückhalt in der lokalen Verwaltung und Politik suchen
- Ziel: Sich nicht allein fühlen, Möglichkeiten schaffen, voneinander zu lernen, Szenarien durchzusprechen und Fortbildungen zu koordinieren (z. B. zu Finanzierung, Umgang mit Störungen oder Kulturkampfstrategien der Neuen Rechten)

Konkrete Vorkehrungen treffen

- Den Ist-Zustand mit allen betroffenen Abteilungen inkl. Technik- und Servicepersonal analysieren: Worin bestehen die konkreten Befürchtungen? Welche Erfahrungen haben Mitarbeiter*innen bisher gemacht?
- Sofern noch nicht geschehen, die Hausordnung überarbeiten, Nutzungsformen und Nutzungsberechtigte von Veranstaltungsräumen durch Widmungsbeschluss beschränken, eine Netiquette für die eigenen Social-Media-Kanäle beschließen, Code of Conducts und Handlungsketten entwickeln (wichtig sind

spezifische Verantwortlichkeiten!)

- Ziel: Im Konfliktfall Ruhe bewahren, um schnell handeln zu können

Politische Auseinandersetzung wagen

- Problematisch sind Selbstzensur aus Angst vor Konsequenzen oder Instrumentalisierung
- Eigene Klarheit schaffen: Wofür stehen wir im Sinne einer offenen Gesellschaft und einer demokratischen Kunst und Kultur und wie setzen wir das in unserem Alltag um?
- Auf dieser Grundlage politische Debatten führen, dabei auch marginalisierten Gruppen eine Stimme geben und bei Konservativen für Verständnis werben

Die Rechtslage kennen – keine Wertneutralität

- Das „Neutralitätsgebot“ bezieht sich auf die Chancengleichheit von Parteien und darf nicht gegen weitere Verfassungsgüter ausgespielt werden. Demokratietarbeit ist stets auf ethische Werte und Verfassungsziele gerichtet und deshalb nie wertneutral
- Öffentlichem bzw. öffentlich finanzierten Trägern ist es erlaubt, sich kritisch auf Parteien und Personen zu beziehen, solange Berichte wahrheitsgemäß und Bewertungen sachlich sind. Unzulässig sind z. B. falsche Tatsachenbehauptungen, unzutreffende Vergleiche und die Unterstützung konkreter Parteien oder Kandidat*innen

Carl Schüppel ist Politikwissenschaftler und forscht im Progressiven Zentrum zu Kultur und Politik, Demokratiereformen und strukturschwachen Regionen. Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger Think Tank in Berlin, der sich für eine gerechte, offene und resiliente Demokratie einsetzt.